



AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG

Verf(Präs) - 1131/6 - G1/Le/Lw

Bei Antwortschreiben Geschäftszeichen, Datum
und Gegenstand dieses Schreibens anführen

Bundesgesetz betreffend das
Verbot von Ultraleichtflug-
zeugen;
Entwurf - Stellungnahme

4010 Linz, am 31. Jänner 1984
Landhaus — Klosterstraße 7 Tel. 720

MIT GESETZEN
52 GE/10/83

3. FEB. 1984
Verf. 1984 -02- 10
Dr. Klausgruber

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Verkehr versandten Gesetz-
entwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
H ö r t e n h u b e r
Landesamtsdirektor

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG

Verf(Präs) - 1131/6 - G1/Le/Lw

31. Jänner 1984

4010 Linz, am

Landhaus — Klosterstraße 7 Tel. 720

Bei Antwortschreiben Geschäftszeichen, Datum
und Gegenstand dieses Schreibens anführen

Bundesgesetz betreffend das
Verbot von Ultraleichtflug-
zeugen;
Entwurf - Stellungnahme

Zu Z1. 38.537/109-I/3/83 vom 22. Dezember 1983

An das
Bundesministerium für Verkehr
Elisabethstraße 9
1010 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit
der do. Note vom 22. Dezember 1983 versandten Gesetzent-
wurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Das h. Amt hat keinen grundsätzlichen Einwand gegen das
beabsichtigte Verbot von Ultraleichtflugzeugen.
Allerdings wird bemerkt: Der Hauptanknüpfungspunkt für
die Rechtfertigung der Verbotsnorm scheint - auch nach
dem Ergebnis der durchgeführten "Meinungsumfrage" bei Be-
hörden und Interessenvertretungen - in der befürchteten
Lärmimmission zu liegen. Die Möglichkeit, die Ursache der
Lärmimmission technisch in den Griff zu bekommen und auf
ein die Verbotsnorm nicht mehr in jedem Fall rechtfertigendes
Maß zu reduzieren, sollte nicht von vornherein unbeachtet
bleiben.

Zu den Erläuterungen des Gesetzentwurfs wird bemerkt:

Die Ausführungen in den Erläuterungen lassen erkennen,
daß von Befürwortern der Ultraleichtflugzeuge deren Ver-

b.w.

- 2 -

bot offenbar mit einer Gleichheitsproblematik verquickt wird. Im Hinblick darauf drängt sich ein Vergleich mit den Motorseglern (Motorsegelflugzeugen) auf. Nach h. Auffassung schiene es nicht unzweckmäßig, im allgemeinen Teil der Erläuterungen eine sachliche Rechtfertigung dafür anzubieten, warum die einen Luftfahrzeuge mit einem Verbot belegt werden, während die anderen (nach h. Ansicht nicht von vornherein ungleichen) Luftfahrzeuge erlaubt bleiben.

In der ersten Zeile der Erläuterungen zu § 2 sollten in Übereinstimmung mit der herrschenden Ansicht nicht die Bezirkshauptmänner, sondern die Bezirkshauptmannschaften als Beispiel für die (hier als Strafbehörde berufenen) Bezirksverwaltungsbehörden angeführt werden.

Abschließend darf auf folgendes hingewiesen werden:
Im do. Verteiler scheint das Amt der o.ö. Landesregierung mit einer falschen Adresse (nämlich: Kärntnerstraße 12) auf. Es wird höflich ersucht, die Änderung des do. Verteilers zu veranlassen und künftig Entwürfe von generell abstrakten Rechtsvorschriften, die einem Begutachtungsverfahren zugeführt werden, dem Land Oberösterreich zu übermitteln oder - wenn aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Amtsadresse gewählt wird - an das Amt der o.ö. Landesregierung, Klosterstraße 7 4010 Linz, zu senden.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

